



Bevölkerungsbefragung zum Thema Endlagerkommission

Ergebnisbericht

Juni 2016



TNS Emnid

©TNS 2016

Inhalt

1	Key Findings	2
2	Studiendesign	3
3	Atomenergiebeschlüsse der Bundesregierung	4
4	Interesse und Informationsstand im Hinblick auf Atomenergiethemen	7
5	Endlagerkommission	11
6	Standortfindung	13
7	Standort-Entscheidung	19

1 Key Findings

- Die bundesdeutsche Bevölkerung steht mit breiter Mehrheit hinter den Beschlüssen, die die Bundesregierung in Hinblick auf den Umgang mit der Atomenergie getroffen hat.
- Ob genereller Ausstiegsbeschluss, bundesweite Suche für ein Endlager, die Empfehlung zur Option der Rückholbarkeit der Abfälle oder der Beschluss, mit konkretem Ergebnisdatum jetzt die Endlagersuche zu beginnen: Immer befürworten mehr als 70 Prozent die getroffenen Beschlüsse und Empfehlungen – die Zustimmung variiert geringfügig zwischen 71 und 77 Prozent.
- Auf noch breitere Unterstützung trifft das Ziel der Endlagerkommission, umfassende Bürgerbeteiligungen in das Standortauswahlverfahren der Endlagerung zu integrieren. 83 Prozent der Bevölkerung begrüßen den Vorschlag der Politik, die Öffentlichkeit frühzeitig – bereits im Vorfeld – zu beteiligen.
- Die mit großer Mehrheit positive Haltung in diesen Fragen ist in allen Bevölkerungsteilen gegeben.
- Rund die Hälfte der Bevölkerung bekundet derzeit deutliches Interesse an Themen der Atomenergie ("sehr stark" oder "stark" interessiert). Je nach Thema variiert dieser Anteil zwischen 41 und 56 Prozent. Am meisten interessiert die Sicherheit der noch in Betrieb befindlichen Atomkraftwerke, relativ am wenigsten im Fokus sind die Transporte radioaktiver Abfälle innerhalb Deutschlands.
- Der Informationsstand bleibt hinter dem Interesse zurück. Gut informiert fühlt sich maximal ein Drittel (Ausstieg aus der Atomenergie), ansonsten ist nach eigenem Bekunden nur ein Fünftel und weniger zu den Themen gut oder sehr gut informiert. Gerade in der am meisten interessierenden Fragestellung – Sicherheit der laufenden Kraftwerke – ist die Diskrepanz zwischen Interesse und Informiertheit groß.
- Die Endlagerkommission ist einem Viertel der Bevölkerung – zumindest namentlich – bekannt. Die Ausgewogenheit der Zusammensetzung des Gremiums – sie wurde in der Fragestellung noch einmal erläutert – wird mehrheitlich als gegeben angesehen (55 Prozent). Knapp ein Drittel ist gegenteiliger Auffassung.
- In der Bevölkerung besteht großer Konsens, dass die Suche nach einem Endlagerstandort von Wichtigkeit ist. Von den 86 Prozent, die diese Frage als wichtig oder sehr wichtig einstufen, entscheidet sich die Mehrzahl für die Antwort "sehr wichtig", die höchste Zustimmung signalisiert.
- Bei den Kriterien, an denen sich die Endlagersuche vorrangig orientieren sollte, dominiert ganz klar der Sicherheitsgedanke. Dies kommt sowohl in den spontanen Äußerungen der Befragten in der offen gestellten Frage zum Ausdruck als auch bei der gestützten Abfrage diverser möglicher Kriterien.
- Eine schnelle Entscheidung und der Kostenaspekt sind in den Augen der Bevölkerung nachrangig.
- Einen Vertrauensvorschuss für die letztliche Standortentscheidung gibt die Bevölkerung mehrheitlich nicht: Knapp jede(r) Zweite hat zum gegenwärtigen Zeitpunkt eher geringes oder gar kein Vertrauen in die Standortentscheidung.
- Mit breiter Akzeptanz der Standortentscheidung ist nicht zu rechnen: Mehr Befragte beantworten die Frage, ob die Bürgerinnen und Bürger der betroffenen Region die Entscheidung akzeptieren sollten, mit "nein" (47 Prozent) als mit "ja" (39 Prozent). Kommt persönliche Betroffenheit ins Spiel, verschieben sich die Relationen noch mehr Richtung Nichtakzeptanz (51 Prozent "nein").
- Die besten Chancen zur Verringerung von Protesten wegen der Transporte/Lagerung radioaktiver Abfälle sehen die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands in Aufklärung, Information und Transparenz. Nicht wenige sind mit dieser offen gestellten Frage aber wohl auch überfordert (hoher Anteil von "weiß nicht" bzw. "keine Angabe").

2 Studiendesign

Mit diesem Bericht legt TNS Emnid, Bielefeld, im Auftrag der **Bund-Länder-Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe** die Ergebnisse einer bundesweiten Befragung vor. Die Studie untersucht Kenntnisse und Bewertungen zur Endlagerkommission aus Sicht der Bürger in Deutschland. Für die Datenerhebung und Auswertung ist TNS Emnid, Bielefeld, verantwortlich.



Befragungsgebiet

Bundesrepublik
Deutschland



Grundgesamtheit

Deutschsprachige
Bevölkerung in
Privathaushalten
ab 14 Jahren



Stichprobengröße

2.148 Interviews



Auswahlverfahren

Repräsentative
Quotenstichprobe



Methode

Persönlich-mündliche
Interviews
(Mehrthemenbefragung)



Erhebungszeitraum

27. Mai bis 10. Juni
2016

Methodische Hinweise

Da die dargestellten Anteilswerte auf ganze **Zahlen gerundet** sind, kann es vorkommen, dass sie sich nicht zu 100 Prozent aufsummieren. Aus demselben Grund können durch Addition zusammengefasste Kategorien (z.B. sogenannte „**Top-Two-Werte**“ wie: „sehr zufrieden“ + „eher zufrieden“) von der Summe der dargestellten Einzelkategorien abweichen. Bei Fragen mit **mehreren Antwortoptionen** können die aufaddierten Nennungen 100 Prozent überschreiten.

Alle Befragungen, die auf Stichproben beruhen, weisen eine statistische Unsicherheit auf. Die Befragungsergebnisse können also in gewissem Umfang vom „wahren“ Meinungsbild der Grundgesamtheit abweichen. Bei der vorliegenden Erhebung beträgt diese sogenannte **Fehlertoleranz** zwischen $\pm 1,5$ (bei einem Anteilswert von 10 Prozent) und $\pm 2,5$ Prozentpunkten (bei einem Anteilswert von 50 Prozent).

TNS Emnid

Bielefeld, im Juni 2016

3 Atomenergiebeschlüsse der Bundesregierung

Der **Atomausstieg** wurde am 30. Juni 2011 von der Bundesregierung beschlossen und soll laut Planungen im Jahr 2022 abgeschlossen sein. Im Zuge des Ausstiegsbeschlusses wurde 2013 das **Gesetz zur Suche und Auswahl eines Standortes** für ein Endlager für hoch radioaktive Abfälle auf den Weg gebracht. Ziel dieses Gesetzes ist es, im Rahmen eines wissenschaftlich fundierten und transparenten Verfahrens einen geeigneten Standort innerhalb der Bundesrepublik für die Endlagerung hoch radioaktiver Abfälle zu finden.

An diesen Endlagerstandort sind höchste Ansprüche zu stellen – schließlich muss er eine sichere Aufbewahrung des hoch radioaktiven Abfalls über einen Zeitraum von Hunderttausenden, wenn nicht Millionen von Jahren gewährleisten. Wie also stehen die Bürgerinnen und Bürger zu diesen Beschlüssen?

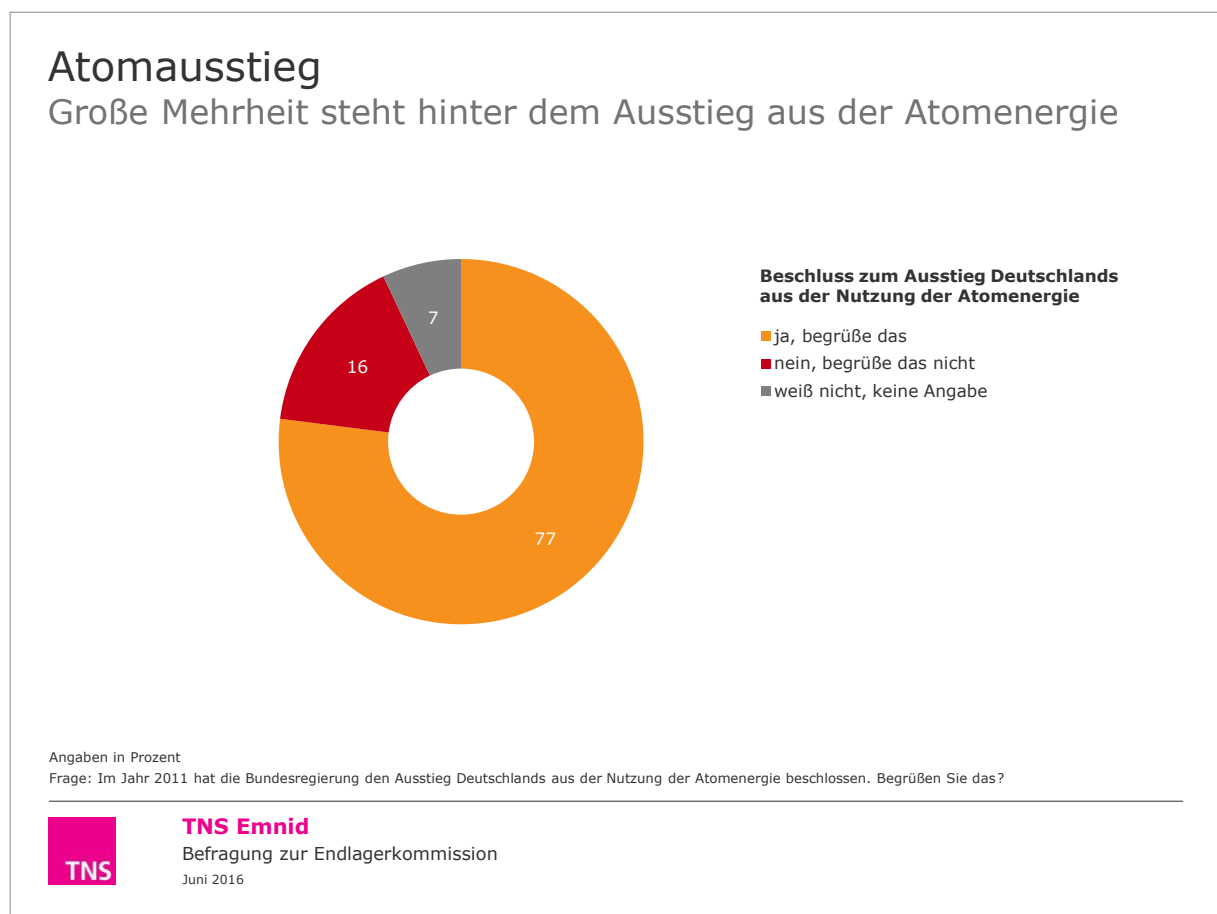


Abb. 1

- Die Bundesregierung kann auf breite Unterstützung in der Bevölkerung bauen: Mehr als drei Viertel der Befragten begrüßen den im Jahr 2011 von der Bundesregierung beschlossenen Atomausstieg.
- Egal, ob man nach Geschlecht, Alter, Bildungshintergrund, Einkommen oder Wohnortgröße differenziert: Immer ergibt sich ein sehr deutliches Votum für den Ausstiegsbeschluss.
- Die meisten Befürworter hat der Ausstiegsbeschluss bei den unter 30-Jährigen (82 Prozent).

- Die Zustimmungsrate bleibt nur im Osten Deutschlands unterhalb der 70-Prozent-Marke. Im Schnitt beträgt der Anteil der Befürworter in den neuen Bundesländern 68 Prozent, das sind immer noch zwei Drittel der Bevölkerung, aber um 11 Prozentpunkte weniger als in den alten Bundesländern (79 Prozent). Es ist jedoch nicht so, dass sich parallel zur geringeren Zustimmung die Zahl der expliziten Gegner entsprechend erhöht. Die Bevölkerung in den neuen Bundesländern ist teils auch einfach unsicherer, was vom Ausstiegsbeschluss zu halten ist (12 Prozent "weiß nicht, keine Angabe", in den alten Bundesländern 6 Prozent).

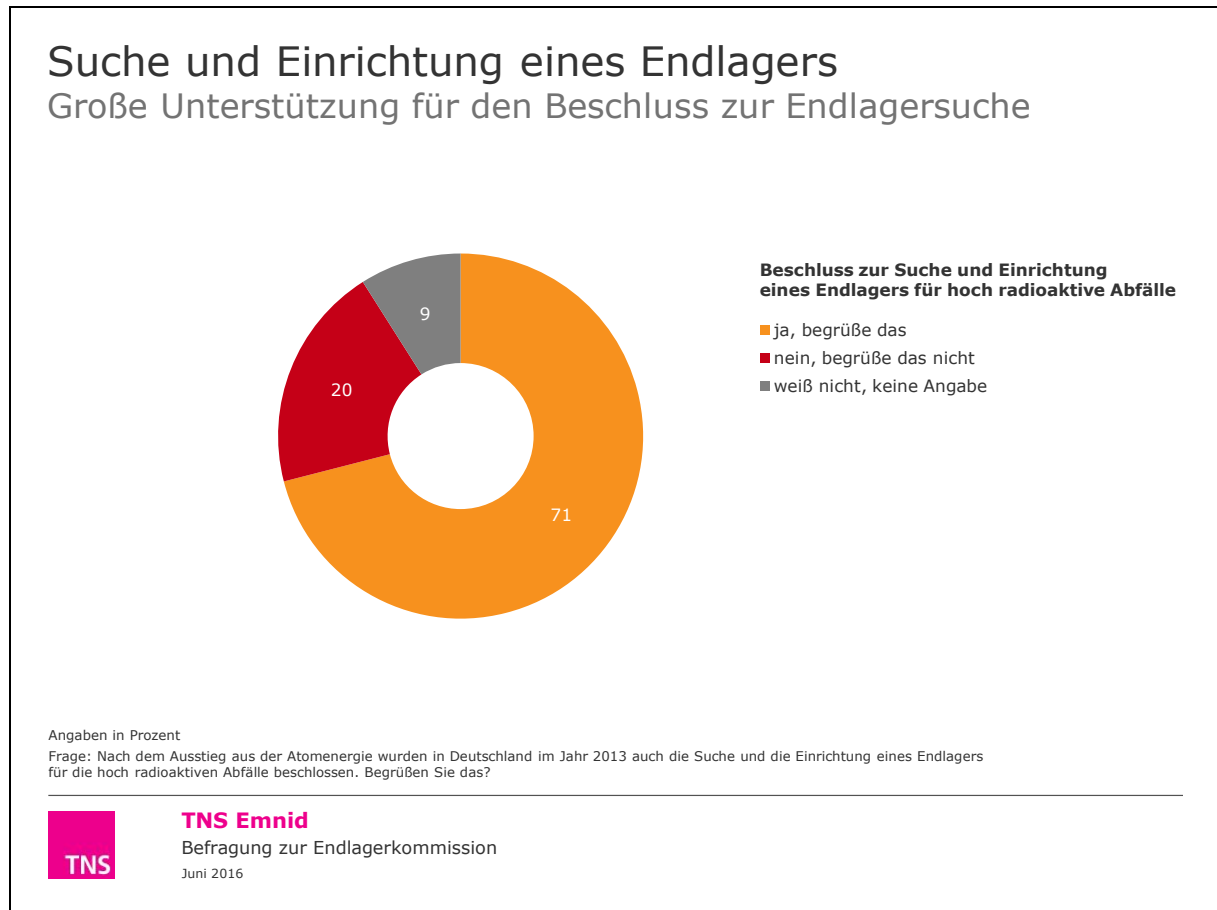


Abb. 2

- Auch der Beschluss des Deutschen Bundestags im Jahr 2013 zur Endlagersuche erfährt in hohem Maße positive Resonanz. 71 Prozent der Befragten unterstützen die Suche und Einrichtung eines Endlagers für hoch radioaktive Abfälle.
- Damit wird nicht ganz das Niveau wie in der Grundsatzfrage des Atomausstiegs erreicht, aber auch in der Frage der Endlagersuche geht die Unterstützung quer durch alle Bevölkerungsschichten, und in allen untersuchten Subgruppen überwiegt mit deutlicher Mehrheit die positive Haltung.
- Im Detail unterscheidet sich der Zustimmungsgrad allerdings an einigen Punkten.
- So äußert sich der weibliche Teil der Bevölkerung, der dem Grundsatzbeschluss zum Atomausstieg in hohem Maße positiv gegenübersteht (80 Prozent Zustimmung), in der Frage der Endlagersuche vergleichsweise etwas verhaltener (70 Prozent Zustimmung), während die Männer in beiden Fragen keinen Unterschied machen (Zustimmungsquoten von 73/72 Prozent).

- Die Schulbildung der Befragten ist in der Beurteilung des Beschlusses zur Endlagersuche von größerem Einfluss: Befragte mit einfachen Bildungsabschlüssen werten nicht ganz so positiv wie im Schnitt ("ja, begrüße den Beschluss": 66 Prozent), während Befragte mit Abitur oder Studium mit 80 Prozent über dem Schnitt liegen. In der Grundsatzfrage zum Atomausstieg liegen die Einschätzungen näher beieinander.
- Die Bewohner der neuen Bundesländer votieren tendenziell auch in der Frage der Endlagersuche nicht ganz in dem Maße positiv wie in den alten Bundesländern (65 gegenüber 72 Prozent). Sie sind dafür in ihrer Haltung konsistenter, ihre Einschätzung weicht kaum von der zum Ausstiegsbeschluss ab, während die Befragten in den alten Bundesländern zwischen beiden Fragen mehr differenzieren und der Beschluss zur Endlagersuche eine tendenziell nicht ganz so hohe Zustimmung erzielt. In beiden Fällen liegt sie aber in den westlichen Landesteilen oberhalb der 70-Prozent-Marke, erwähnenswert ist die Abweichung nur im Vergleich zum Verhalten der ostdeutschen Befragten.
- In den großen Flächen-Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg werden sehr ähnliche Ansichten zum Beschluss der Endlagersuche vertreten (Zustimmung jeweils 72 bzw. 74 Prozent).

4 Interesse und Informationsstand im Hinblick auf Atomenergiethemen

Themenschwerpunkte in der Öffentlichkeit unterliegen deutlichen **Konjunkturschwankungen**, die stark von der jeweiligen Berichterstattung in den Medien abhängen. Entsprechend kann davon ausgegangen werden, dass sowohl das diesbezügliche Interesse als auch der Informationsstand zu Atomenergiethemen in der Bevölkerung im Zeitverlauf Hochs und Tiefs aufweisen. Umfrageergebnisse können ganz allgemein immer nur eine **Momentaufnahme** liefern, die im **Kontext** der gegenwärtigen Nachrichten- und Informationslage zu sehen ist.

Unabhängig von der Frage nach dem aktuellen Interessens- und Informationsniveau kann jedoch geklärt werden, inwieweit sich **Diskrepanzen** zeigen, inwieweit also Informationsbedürfnisse eventuell zum jeweiligen Zeitpunkt nicht vollständig gestillt werden. Dieser Frage wird am Ende dieses Kapitels nachgegangen.

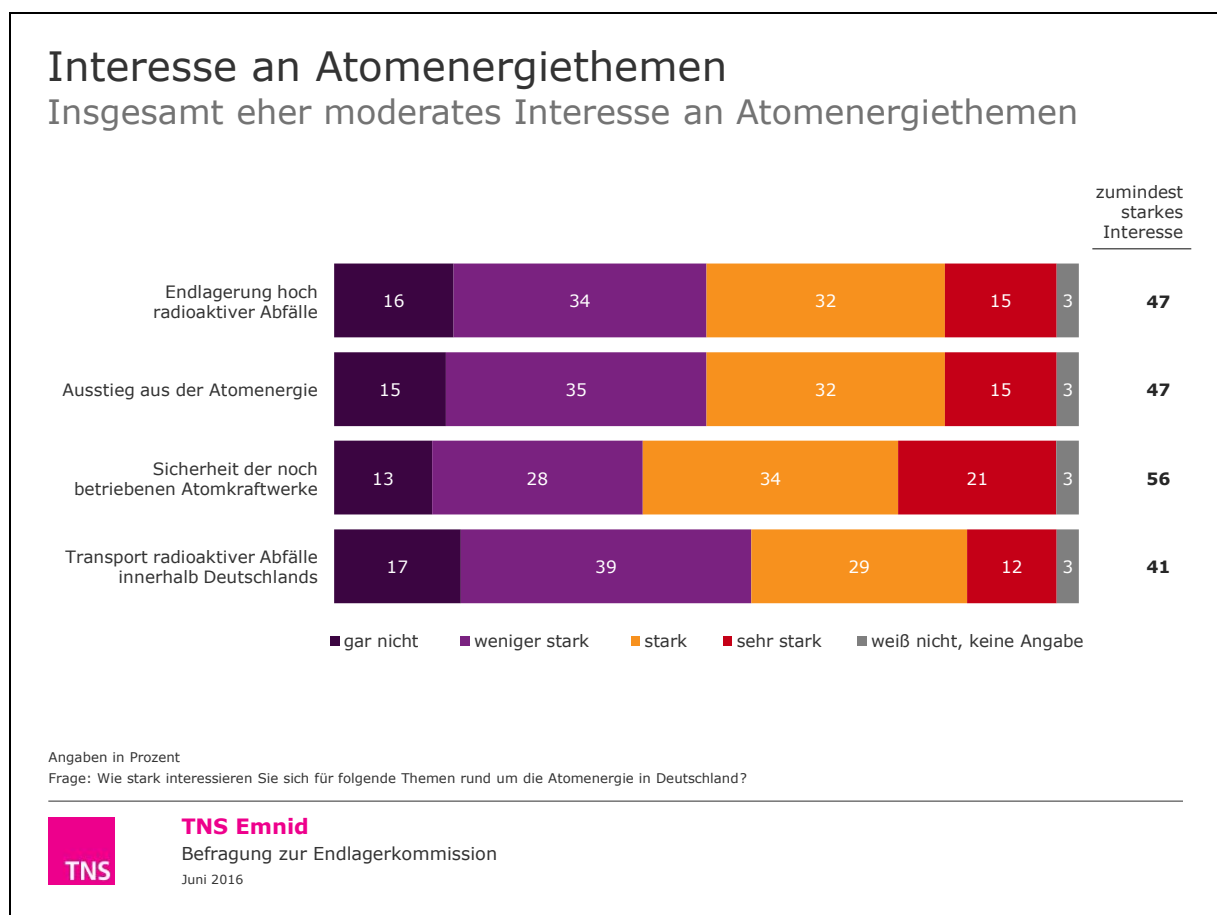


Abb. 3

- Gegenwärtig ist rund die Hälfte der Bevölkerung nach eigenem Bekunden an Themen der Atomenergie "sehr stark" oder "stark" interessiert. Dabei muss man differenzieren: Das (relativ) größte Interesse gilt der Sicherheit der noch betriebenen Atomkraftwerke; dies ist für mehr als die Hälfte (56 Prozent) ein wichtiges Thema, das interessiert. Jeweils knapp die Hälfte (47 Prozent) bekundet mindestens starkes Interesse am Atomausstieg generell und an der Endlagerfrage. Nicht ganz so viel Interesse zieht hat das Thema "Transport radioaktiver Abfälle innerhalb Deutschlands" mit 41 Prozent auf sich.

- Männer zeigen sich grundsätzlich interessierter: Ihr Anteil von Interessierten liegt bei allen Themen um rund 10 Prozentpunkte höher als der der Frauen. Die Gruppe derer, die "sehr starkes" Interesse an Atomenergiethemen hat, ist allerdings bei beiden Geschlechtern gleich groß.
- Gravierender schlägt die Bildung durch. In der Interessensfrage gibt es ein deutliches Bildungsgefälle. Während Befragte mit Abitur oder Studium stark interessiert sind – Sicherheit laufender Kraftwerke: 70 Prozent, Endlagerung und allgemein der Ausstieg: 60 bzw. 62 Prozent, und selbst die Transporte radioaktiver Abfälle werden von mehr als der Hälfte mit hoher Aufmerksamkeit belegt –, ist das Interesse in der Gruppe der Befragten mit einfachem Bildungshintergrund weniger stark ausgeprägt. Die Anteile der "sehr stark" bzw. "stark" Interessierten liegen jeweils um rund ein Drittel niedriger als in der Gruppe derer mit höherer Bildung.

Anders als beim Vergleich der Geschlechter äußern sich diese Unterschiede auch dann, wenn man nur die besonders Interessierten in den Blick nimmt. Der Anteil für die Antwort "sehr stark interessiert" ist in der Regel bei den höher Gebildeten immer höher als bei den Befragten aus bildungsferneren Schichten.
- In der Betrachtung der Altersjahrgänge bleiben die Antworten der unter 30-Jährigen deutlich unter dem Schnitt. Bei ihnen erreicht keines der Themen 50 Prozent oder mehr. Für Transporte radioaktiver Abfälle innerhalb Deutschlands interessiert sich in dieser Altersgruppe lediglich ein Drittel.
- Im West-Ost-Vergleich ist das Interesse in den westlichen Bundesländern deutlich stärker ausgeprägt als in den neuen Bundesländern. Die Differenz im Anteil der Interessierten beträgt jeweils mehr als 10 Prozentpunkte: Im Westen rufen drei der vier Themen mindestens bei jedem Zweitem sehr starkes oder starkes Interesse wach, im Osten erreicht keines der Themen die 50-Prozent-Marke (Maximum: 45 Prozent für die Sicherheit der noch betriebenen Atomkraftwerke).

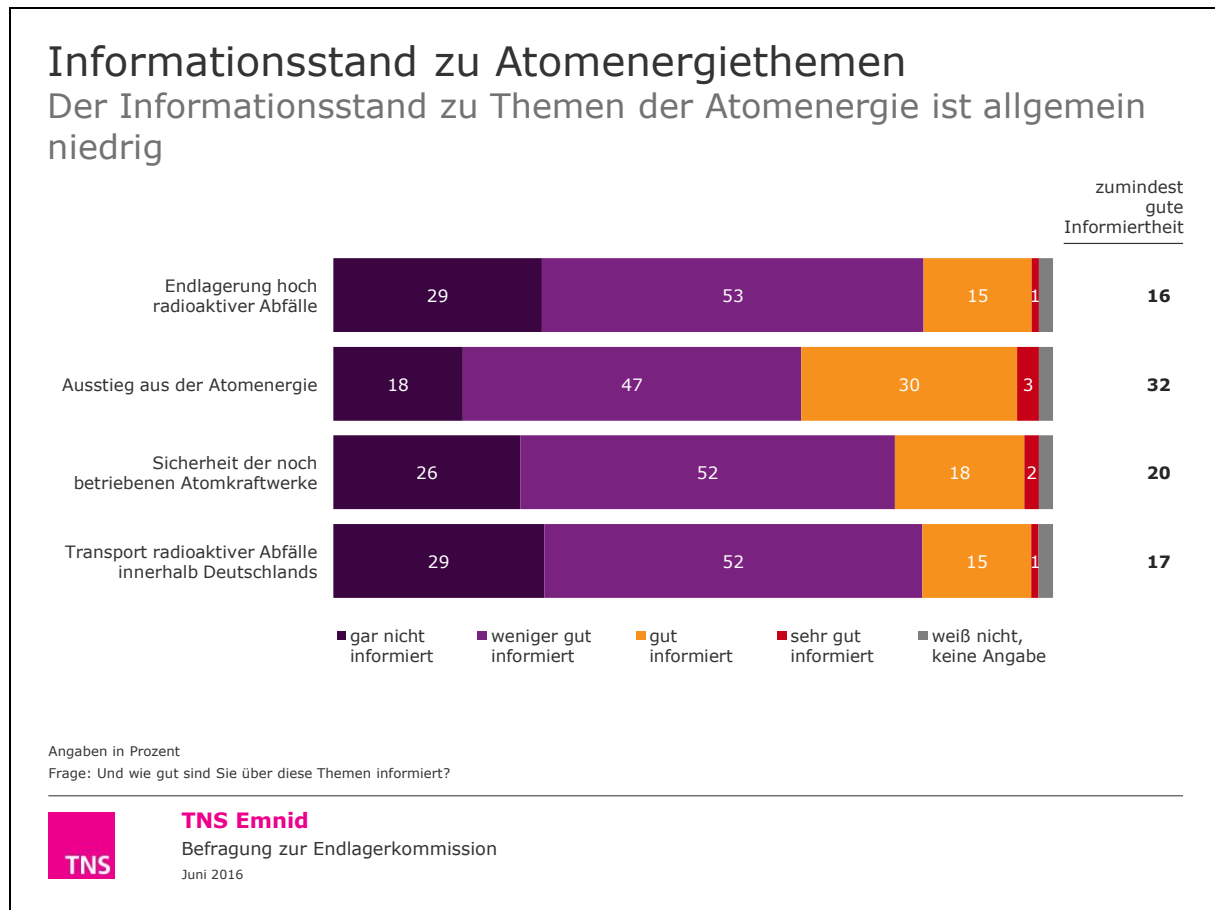


Abb. 4

- Man muss konstatieren: Die Informiertheit der Bundesbürger über Themen der Atomenergie ist nur schwach ausgeprägt, egal, welcher Aspekt angesprochen wird. Selbst in der Grundsatzfrage des Atomausstiegs bezeichnet sich nur einer von drei Befragten als gut bzw. sehr gut informiert, bei den anderen drei Themen ist es jeweils maximal ein Fünftel, eher weniger. Darunter ist der Anteil der sehr gut Informierten zudem mit 1 bis 3 Prozent verschwindend gering.
- Männer sehen sich durchweg als besser informiert an als Frauen, aber einen wirklich hohen Informationsgrad haben auch sie nicht; das Maximum liegt bei 39 Prozent (Ausstieg aus der Atomenergie). Die Unterschiede sind geringer ausgeprägt als bei der Abfrage des Interesses.
- Anders als in der Interessensfrage gibt es kaum altersmäßige Differenzen.
- Gleiches gilt für die West-Ost-Differenzen. Mit 0 bis 4 Prozentpunkten Differenz sind die Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern in der Einschätzung des eigenen Informationsstandes in Sachen Atomenergie marginal und statistisch nicht als Unterschied abgesichert.
- Der Bildungsfaktor hat hingegen mehr Relevanz. Bezüglich der Endlagerfrage, der Sicherheit der noch betriebenen Atomkraftwerke und der Atommülltransporte fühlen sich höher Gebildete (Abitur, Studium) besser informiert als Befragte, die die Hauptschule oder die Volksschule besucht haben - in Hinblick auf die Grundsatzfrage des Atomausstiegs ist der Unterschied sogar noch größer. Und trotzdem: Selbst die höher Gebildeten unter den Befragten fühlen sich im besten Fall zu knapp der Hälfte gut (oder sehr gut) informiert (Atomausstieg: 49 Prozent), bei den drei anderen Themen schwankt der Anteil um die 30-Prozent-Marke.

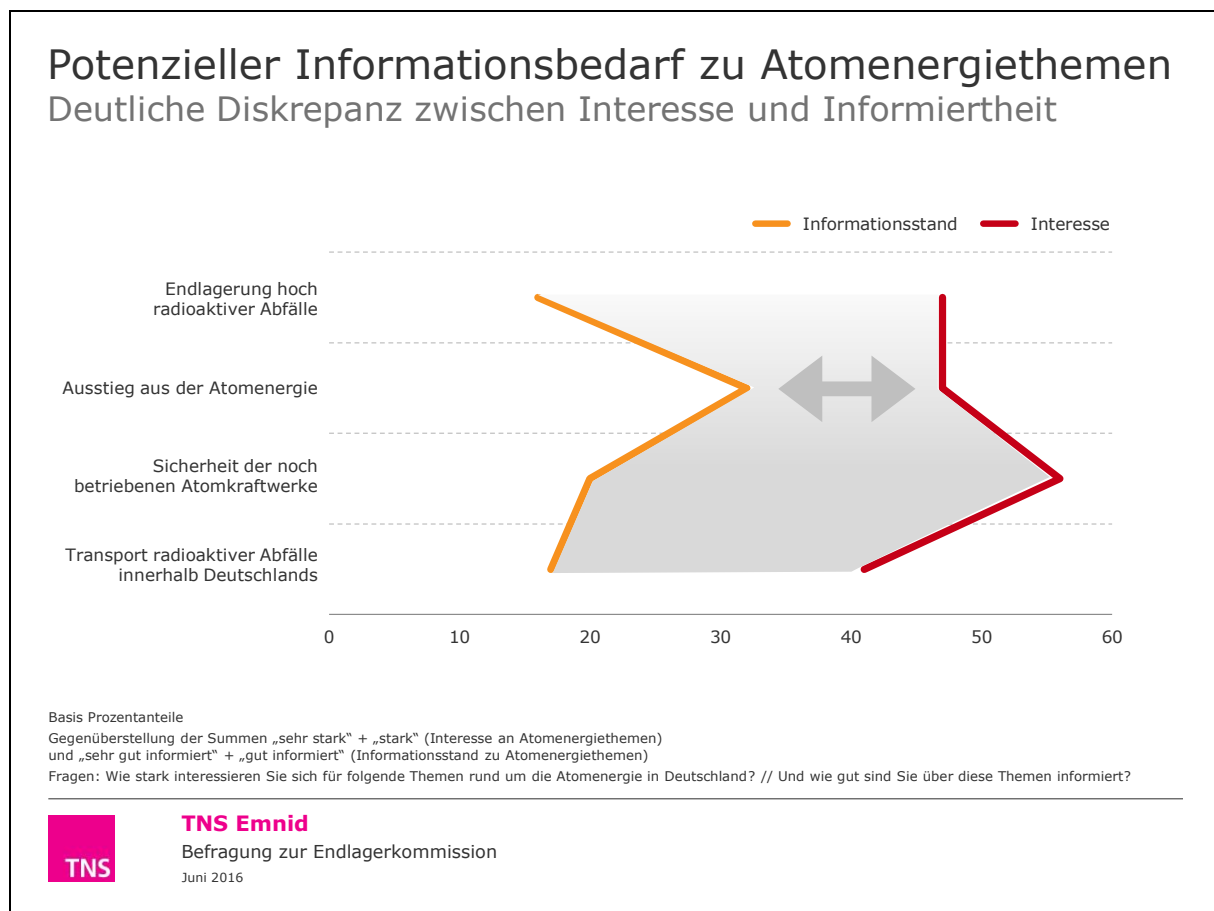


Abb. 5

- Auf den ersten Blick wird deutlich, dass zwischen Informiertheit und Interesse über/an Themen der Atomenergie eine beträchtliche Diskrepanz besteht, und zwar egal, welche der Facetten man einer näheren Betrachtung unterzieht.
- Am gravierendsten ist die Diskrepanz bei dem Thema, das in der Bevölkerung am meisten interessiert: der Sicherheit der noch betriebenen Atomkraftwerke. 56 Prozent haben an diesem Thema Interesse, 20 Prozent fühlen sich darüber sehr gut bzw. gut informiert (36 Prozentpunkte Differenz). Nicht viel anders sieht es beim Thema Endlagerung aus (31 Punkte Differenz).
- Am nächsten kommen sich Informationsstand und Interesse in der allgemeinen Frage des Ausstiegs aus der Atomenergie: Aber auch hier beträgt der Abstand noch 15 Punkte.
- Die Diskrepanzen, die in den Gesamtzahlen zum Ausdruck kommen, sind auch in den einzelnen Untergruppen vorzufinden.
- Was den Bildungshintergrund betrifft, bestehen dabei keine Unterschiede bei der Größe der "Deckungslücke" je nach Schulbildung, denn dem besseren Informationsstand der höher Gebildeten steht auch ein gesteigertes Interesse gegenüber. Bei denjenigen aus bildungsferneren Schichten spielt sich das Gleiche auf niedrigerem Level ab.
- Ähnliches gilt für Männer und Frauen.
- Im West-Ost-Vergleich stehen dagegen Informationsbedürfnisse und Kenntnisse in Westdeutschland in einem schlechteren Verhältnis zueinander, da das Informationslevel in beiden Teilen der Bundesrepublik ähnlich hoch, das Interesse in den alten Bundesländern aber sehr viel ausgeprägter ist.

5 Endlagerkommission

Die **Endlagerkommission** setzt sich aus insgesamt 33 Mitgliedern und einem – je nach Sitzung wechselnden – Vorsitz zusammen. Konkret umfasst sie neben dem Vorsitz acht Wissenschaftler, je acht Vertreter von Landesregierungen und Bundestag sowie jeweils zwei Vertreter von Gewerkschaften, Umweltverbänden, Religionsgemeinschaften und der Wirtschaft.

Aus dem **Transparenzanspruch** der Kommission folgt unter anderem, dass im Rahmen der vorliegenden Untersuchung auch ein Meinungsbild zur Arbeit der Kommission einzuholen ist, weshalb der Fragebogen auch Fragen nach der **Bekanntheit** und **Ausgewogenheit** der Endlagerkommission enthält.

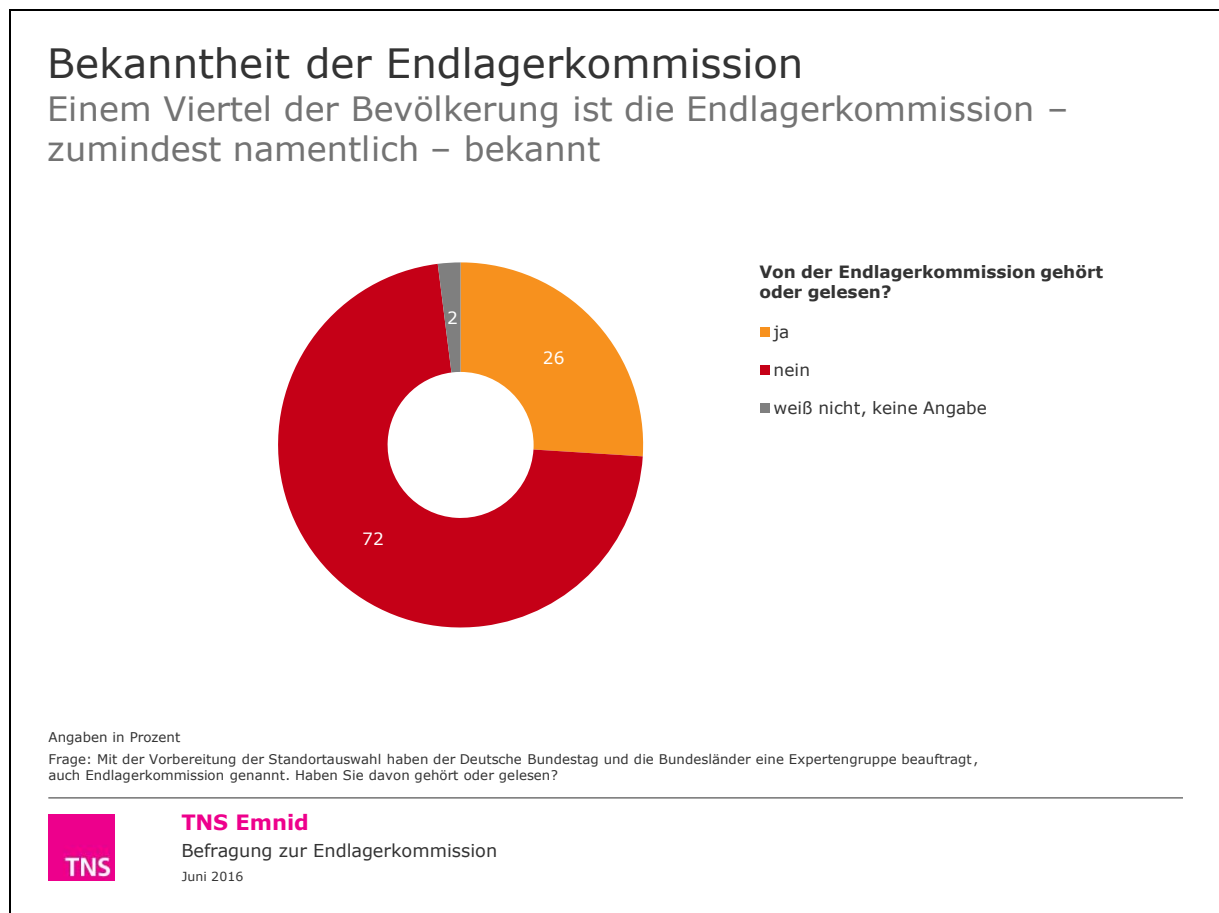
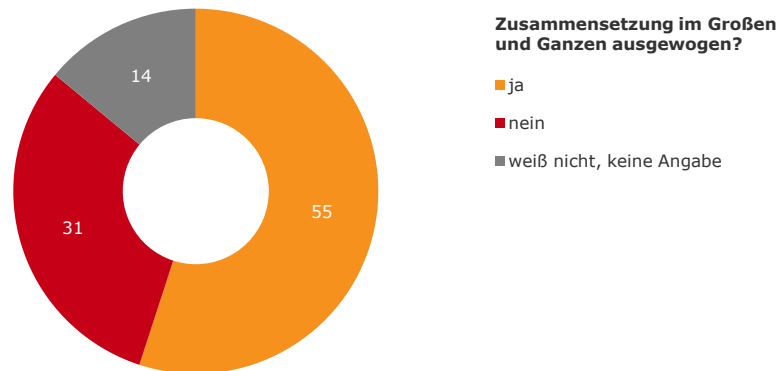


Abb. 6

- Ein Viertel der bundesdeutschen Bevölkerung gibt an, von der Endlagerkommission gehört oder gelesen zu haben.
- Analog zum Interesse an Atomausstiegsthemen ist der Bekanntheitsgrad der Kommission unter Männern leicht höher als unter Frauen (31 zu 21 Prozent) und unter Befragten mit Abitur oder Hochschulabschluss höher als bei einfachem oder mittlerem Bildungslevel (39 zu 23 Prozent).
- In der Tendenz gilt dies auch für westdeutsche gegenüber ostdeutschen Befragten.

Ausgewogenheit der Endlagerkommission

Die Zusammensetzung der Endlagerkommission gilt mehrheitlich als ausgewogen - ein Drittel beurteilt sie als unausgewogen



Angaben in Prozent

Frage: Die Endlagerkommission besteht insgesamt aus 33 Mitgliedern und umfasst neben dem Vorsitz 8 Vertreter der Wissenschaft, 8 des Bundestages, 8 der Landesregierungen, 2 von Umweltverbänden, 2 Kirchenvertreter, 2 Vertreter der Wirtschaft sowie 2 Vertreter der Gewerkschaften. Halten Sie diese Zusammensetzung im Großen und Ganzen für ausgewogen?



TNS Emnid

Befragung zur Endlagerkommission

Juni 2016

Abb. 7

- Mit 55 Prozent kommt eine knappe Mehrheit der befragten Bürgerinnen und Bürger zum Urteil, dass die Zusammensetzung der Endlagerkommission – sie wurde in der Fragestellung noch einmal explizit dargestellt – ausgewogen ist. Eine(r) von drei Befragten ist der gegenteiligen Auffassung.
- 14 Prozent wissen die Zusammensetzung der Kommission nicht einzuordnen oder machen keine Angabe dazu. Dieser Anteil ist vergleichsweise hoch, ist aber in Zusammenhang mit dem nicht sehr stark ausgeprägten Bekanntheitsgrad der Endlagerkommission in der Bevölkerung zu sehen. Ein Großteil der Befragten musste daher allein aufgrund der Fragestellung – ohne vorheriges eigenes Wissen zur Kommission – zu einer Einschätzung kommen; einige trauten sich dies trotz der detaillierten Information in der Frage selbst offensichtlich nicht zu.
- Die unterschiedlich große Kenntnis von der Endlagerkommission – bei Männern und Frauen bzw. je nach Bildungsgrad – führt in erster Linie dazu, dass der Anteil derer, die sich keine Beurteilung zutrauen ("weiß nicht, keine Angabe"), je nach Kenntnisstand etwas höher oder niedriger ausfällt. In der Größenordnung der jeweiligen Anteile derer, die die Kommissionszusammensetzung für ausgewogen halten, gibt es keine nennenswerten Unterschiede.

6 Standortfindung

Die gesetzliche Grundlage für die Suche nach einem Standort zur dauerhaften Lagerung hoch radioaktiver Abfälle bildet das Anfang 2014 in Kraft getretene **Standortauswahlgesetz**. Danach soll die Standortsuche plangemäß 2031 mit der Bestimmung desjenigen Standortes abgeschlossen werden, der die bestmögliche Sicherheit für die Endlagerung hoch radioaktiver Abfälle bietet.

Der Endlagerkommission fällt die Aufgabe zu, **Empfehlungen zu den Auswahlkriterien** auszuarbeiten und auf diese Weise den Standortauswahlprozess anzustoßen. Welche Kriterien für die Endlagerung und Standortfindung aus Sicht der Bundesbevölkerung besonders wichtig sind und wie die Bürgerinnen und Bürger zu den von der Kommission vorgeschlagenen Auswahlkriterien stehen, wird im nachfolgenden Abschnitt dargestellt. Vorab jedoch eine Einordnung, welche Priorität die Endlagersuche grundsätzlich in den Augen der Bevölkerung hat.

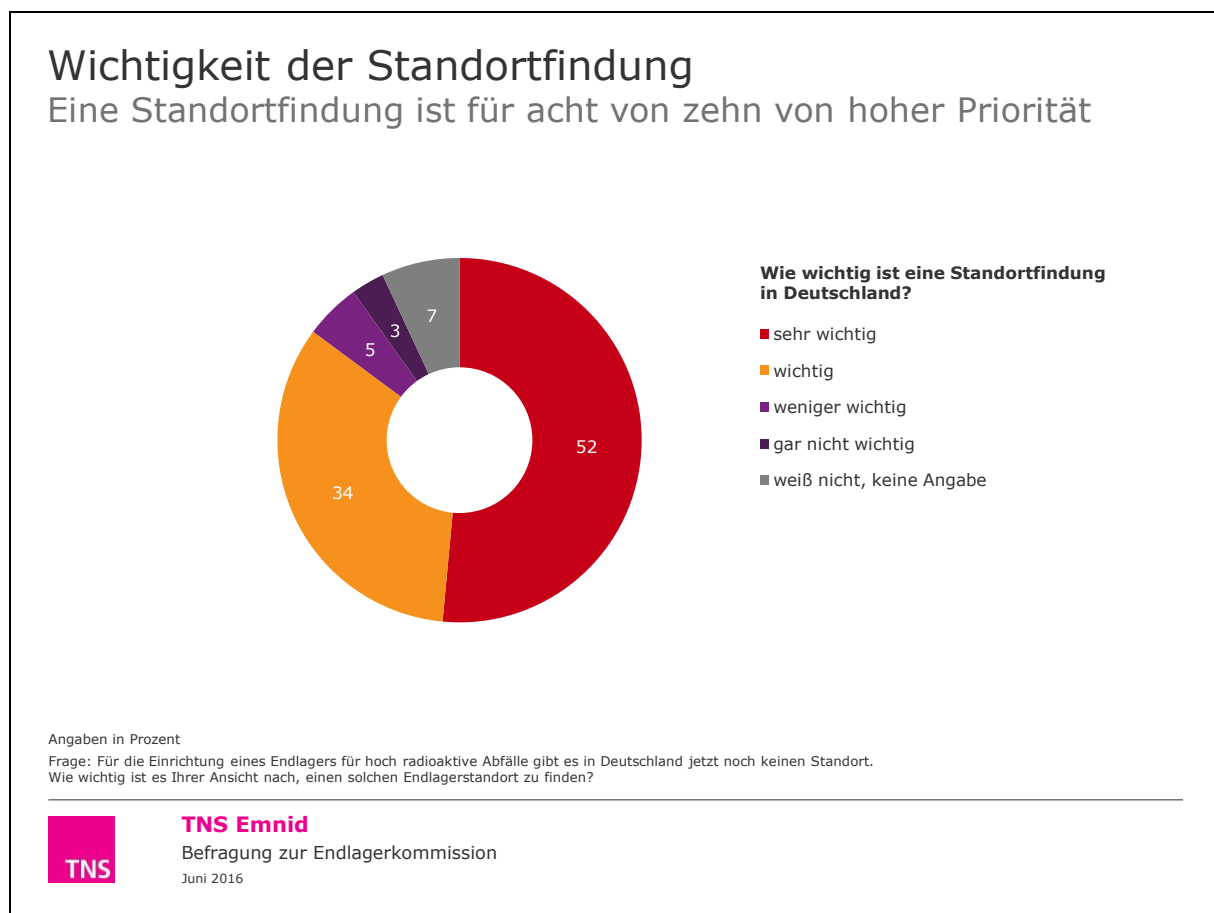


Abb. 8

- Die Suche nach einem Endlager für hoch radioaktive Stoffe ist unzweifelhaft ein Thema, dem die bundesdeutsche Bevölkerung hohe Relevanz einräumt: Mehr als acht von zehn Bürgerinnen und Bürgern halten es für sehr wichtig oder wichtig, einen Endlagerstandort zu finden; darunter entscheidet sich die Mehrzahl für die Antwortkategorie, die stärkste Zustimmung signalisiert ("sehr wichtig": 52 Prozent).
- Mit steigendem Alter bzw. steigender Bildung nimmt der Anteil derer, die der Endlagerfindung große Wichtigkeit einräumen, jeweils noch leicht zu.
- Durchgängig stufen jedoch alle untersuchten Subgruppen es zu mindestens 80 Prozent als sehr wichtig oder wichtig ein, ein geeignetes Endlager zu finden.

- Das gilt auch regional: Der Blick auf die Bundesländer zeigt, dass mindestens 80 Prozent der Befragten in jedem Bundesland es für wichtig oder sehr wichtig erachten, einen Standort für ein Endlager zu finden (Ausnahme: Thüringen, mit 78 Prozent knapp unterhalb der 80-Prozent-Marke; die Zahl der Befragten aus der thüringischen Bevölkerung ist jedoch zu gering für belastbare Aussagen über diese Abweichung).



Abb. 9

- Danach befragt, welche Aspekte bei der Endlagerung hoch radioaktiver Stoffe aus ihrer Sicht im Vordergrund stehen sollten – offen abgefragt, ohne Vorgaben –, kommt in sechs der sieben meistgenannten Antwortkategorien aus den Spontannennungen das Wort "Sicherheit" vor: (Höchste) Sicherheit ohne nähere Bezüge, Sicherheit für die Menschen/für die Bevölkerung, Sicherheit für Natur und Umwelt, Sicherheit der Lagerung, Sicherheit für nachfolgende Generationen (Langzeitsicherheit). Auch bei der siebten Antwortgruppe ist letztlich der Sicherheitsgedanke mitgedacht worden, wenn die Menschen fordern, dass das Endlager weit weg von Wohngebieten angesiedelt werden sollte. Ganz eindeutig dominiert der Sicherheitsaspekt.
- Und der gleiche Leitgedanke steht hinter den weniger häufig genannten Antworten (unterhalb von der in der Grafik dargestellten mindestens 4-prozentigen Nennungshäufigkeit). Es kommt klar zum Ausdruck, dass die Bevölkerung von einem Endlager erwartet, dass es eine absolut sichere Langzeitlösung darstellt: "keine Gesundheitsgefährdung", "es dürfen keine radioaktiven Strahlungen austreten", "Langzeitlagerung", "Kontrollen des Endlagers, unter Dauerschutz stellen", keine Gefahr für die Menschen, die dort leben", "keine Lecks, dass nichts austritt", "keine Metallbehälter verwenden, Behälter dürfen nicht rosten" – bis hin zu "Schutz vor Naturkatastrophen" und "Schutz vor Terroranschlägen".

- Die meisten Befragten beschränken sich allerdings in ihrer Antwort auf die allgemeine Forderung nach Sicherheit, höchstens, dass sie herausstreichen, dass diese "100-prozentig" sein müsse, ohne dies weiter zu konkretisieren.
- Gegenüber dem Sicherheitsgedanken rücken die Kosten ebenso wie die Schnelligkeit einer Entscheidung absolut in den Hintergrund, daran denken zunächst weniger als jeweils 0,5 Prozent der Befragten.
- Und auch bei weiterer Nachfrage, was ihnen noch einfällt, ist das Resultat, dass der Sicherheitsaspekt näher spezifiziert wird, also eher Einzelheiten dazu ergänzt und die entsprechenden Antworten häufiger werden, als dass in größerem Umfang andere Aspekte als sicherheitsbezogene zusätzlich genannt werden. Die Antwortkategorie "Schnelligkeit einer Entscheidung" stagniert auch bei Nachfrage bei unter 0,5 Prozent, und auf finanzielle Überlegungen beziehen sich insgesamt 4 Prozent: "(geringe) Kosten" 3 Prozent, "müssen die Konzerne bezahlen" 1 Prozent.
- 8 Prozent der Befragten wissen spontan nichts zu antworten oder machen jedenfalls keine Angabe – für eine offene Frage ist dieser Prozentsatz gering.

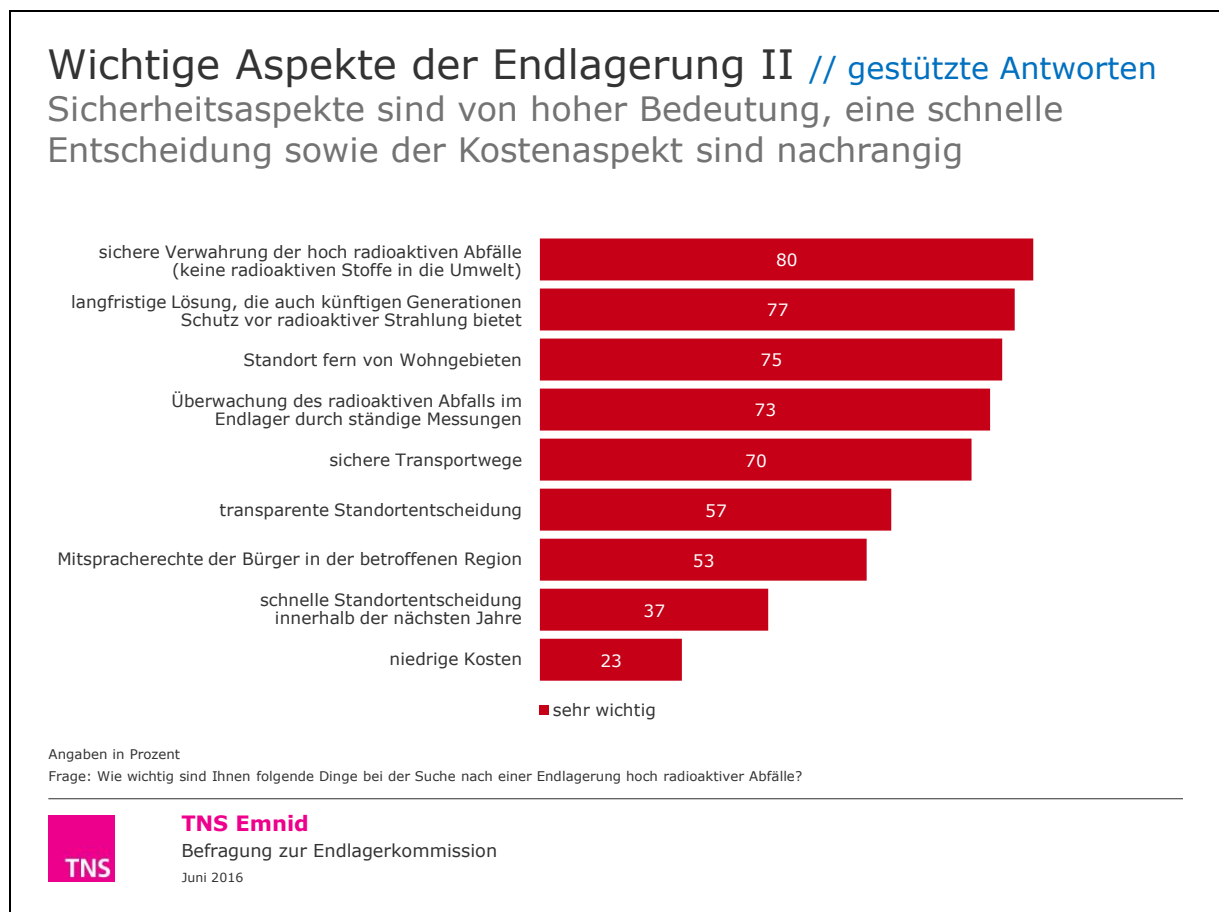
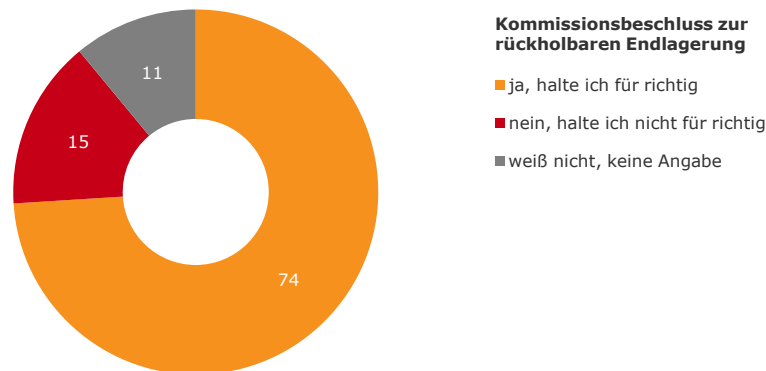


Abb. 10

- Auch aus der Bewertung der anschließend zur Beurteilung vorgelegten möglichen Kriterien bei der Suche nach einer Endlagerung hoch radioaktiver Abfälle wird auf den ersten Blick deutlich, dass in den Augen der Befragten das Thema Sicherheit oberste hat. Diejenigen fünf der insgesamt neun Kriterien, die sich auf Sicherheit beziehen – "Standort fern von Wohngebieten" und "Überwachung des radioaktiven Abfalls im Endlager durch ständige Messungen" hier im Sinne des Sicherheitsgedankens interpretiert und mit zugeordnet –, werden alle von mindestens 70 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung nicht nur als wichtig, sondern als "sehr wichtig" eingestuft (höchste Kategorie der vierstufigen Antwortskala).
- Dabei wird zwischen den verschiedenen Sicherheitsaspekten vergleichsweise wenig unterschieden, auch wenn die sichere Verwahrung der hoch radioaktiven Stoffe, die einen Austritt von Radioaktivität in die Umwelt ausschließt, mit 80 Prozent die Liste anführt und die Sicherheit der Transportwege (Platz 5 der Rangskala) von jeweils 70 Prozent als sehr wichtiger Aspekt eingestuft wird.
- Mit klarerem Abstand folgen die Kriterien "Transparenz" und "Mitspracherechte" in der Rangskala der Prioritäten. Mit Nennungen in der Größenordnung von jeweils gut 50 Prozent werden auch sie von der Mehrzahl der bundesdeutschen Bevölkerung als sehr wichtig eingestuft.
- Eine zügige Wahl des Standortes und niedrige Kosten rangieren am Ende der Wichtigkeitsskala. Sie fallen in der Bedeutung eindeutig gegen die anderen Kriterien ab, wobei einer schnellen Standortentscheidung noch etwas mehr Wichtigkeit eingeräumt wird ("sehr wichtig": 37 Prozent) als der Kostenfrage ("sehr wichtig": 23 Prozent).
- An den grundlegenden Einstufungen der neun Kriterien ändert sich recht wenig, auch wenn man in einzelne Untergruppen geht. Bei Männern und Frauen, hoch und weniger hoch Gebildeten, Jüngeren und Älteren, West- wie Ostdeutschen bildet sich die gleiche Prioritätenrangfolge ab – es ist selten, dass einmal zwei Aspekte die Plätze tauschen, wobei die Differenzen aber immer noch zu gering sind, dass sie statistisch nicht als Unterschied abgesichert sind.
- Befragte mit Abitur oder Hochschulabschluss räumen der ständigen Kontrolle durch permanente Messungen etwas mehr Bedeutung ein als Befragte aus bildungsferneren Schichten (78 gegenüber 68 Prozent), und die Kostenfrage ist für sie noch deutlicher nachrangig (16 gegenüber 28 Prozent).

Rückholbarkeit radioaktiver Abfälle

Dreiviertel-Mehrheit befürwortet Beschluss zur Rückholbarkeit



Angaben in Prozent

Frage: Die Endlagerkommission hat beschlossen, dass sich das Endlager für den dauerhaften Einschluss der hoch radioaktiven Abfälle tief unter der Erde befinden soll. Eine Rückholung, Bergung und Wiederauffindung dieser Abfälle soll aber über mehrere 100 Jahre hinweg möglich sein, um so auf unerwartete Erfordernisse oder neue Forschungsergebnisse reagieren zu können. Halten Sie diesen Beschluss für richtig?



TNS Emnid

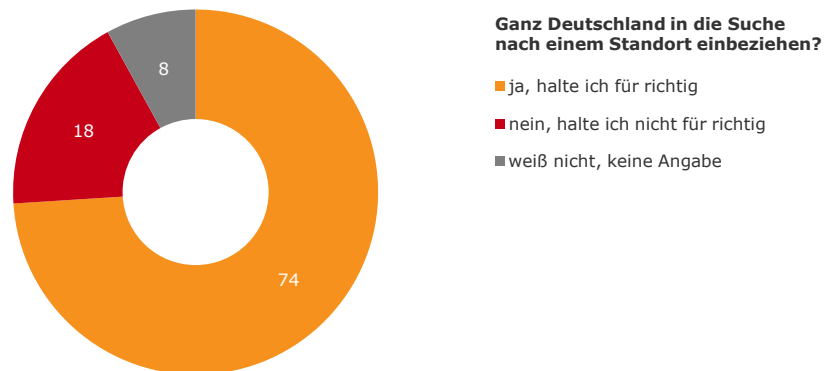
Befragung zur Endlagerkommission

Juni 2016

Abb. 11

- Die Meinung der Bevölkerung zum Beschluss der Endlagerkommission über einen weiteren Aspekt, der bei der Endlagerbestimmung eine Rolle spielt – die Option der Rückholbarkeit der Abfälle über mehrere hundert Jahre hinweg –, wurde in einer gesonderten Fragestellung erhoben.
- Es zeigt sich: Drei von vier Bürgerinnen und Bürgern und damit die große Mehrheit der Bevölkerung halten den Beschluss zur Rückholbarkeit von hoch radioaktiven Abfällen für richtig. Nur jede(r) Siebte ist gegenteiliger Ansicht, und 11 Prozent enthalten sich einer Bewertung.
- Die Entscheidung der Endlagerkommission, die Rückholbarkeit zur Bedingung zu machen, wird auch in allen betrachteten Subgruppen der Bevölkerung mit deutlicher Mehrheit positiv aufgenommen. Besonders befürworteten Personen mit höherer Bildung die Möglichkeit einer Rückholung von Atommüll.

Erkundung geeigneter Standorte in ganz Deutschland Drei von vier für bundesweite Standortsuche



Angaben in Prozent

Frage: Die Suche nach einem möglichen, in Frage kommenden Endlager für hoch radioaktive Abfälle läuft in mehreren Schritten und umfasst Auswertungen vorhandener geologischer Daten, Erkundungen an der Erdoberfläche sowie Erkundungen unter der Erde, um so den geeignetsten Standort für ein Endlager zu finden. Halten Sie es für richtig, dass man ganz Deutschland in die Suche nach diesem Standort einbezieht?



TNS Emnid

Befragung zur Endlagerkommission

Juni 2016

Abb. 12

- Mit 74 Prozent ist eine sehr klare Mehrheit dafür, dass die Suche nach einem geeigneten Standort in ganz Deutschland erfolgen sollte, ohne von vornherein einzelne Regionen auszuschließen. Die Gegner einer die gesamte Republik umfassenden Suche bilden mit 18 Prozent eine Minderheit.
- Auch in dieser Frage sind sich die Bundesdeutschen in hohem Maße einig. Es zeigen sich keine geschlechterspezifischen Unterschiede und ebenso wenig unterscheiden sich West- und Ostdeutsche in ihren Antworten.
- Auch nach Alter oder Bildung unterschieden bleibt es bei den hohen Zustimmungsraten. Allenfalls ist aus den Daten ersichtlich, dass insbesondere ältere Befragte ab 60 Jahren sowie die Gruppe der höher Gebildeten die bundesweite Suche nach einem Endlagerstandort besonders stark befürworten.
- Die Bevölkerung der drei großen Flächenländer Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg unterscheidet sich nicht in ihrer Haltung: In allen drei Bundesländern wird der Beschluss zur bundesweiten Suche von der großen Mehrheit mitgetragen (Zustimmungsraten zwischen 72 und 76 Prozent). Und auch im nicht ganz so bevölkerungsstarken Niedersachsen – die Ergebnisse aus dieser Gruppe sind deshalb mit einer etwas größeren Fehlerwahrscheinlichkeit behaftet – beträgt der Anteil der Befürworter 70 Prozent.

7 Standort-Entscheidung

Bei der Auswahl eines Endlagerstandortes für hoch radioaktiven Abfall sind nicht allein sicherheitsrelevante Faktoren zu berücksichtigen. Das Standortauswahlgesetz sieht darüber hinaus vor, die **Öffentlichkeit** frühzeitig und umfassend über den Sachstand zu **informieren** und am Entscheidungsprozess zu **beteiligen**, um auf diese Weise gesellschaftliche Akzeptanz zu fördern.

Grund genug, um im Rahmen der vorliegenden Erhebung eine Art **Bestandsaufnahme** vorzunehmen: Wie steht es heute, zu Beginn des Auswahlprozesses, mit dem Vertrauen der Bevölkerung in die erwartete Standortentscheidung? Und welches Akzeptanzniveau wäre zum jetzigen Zeitpunkt zu erwarten?

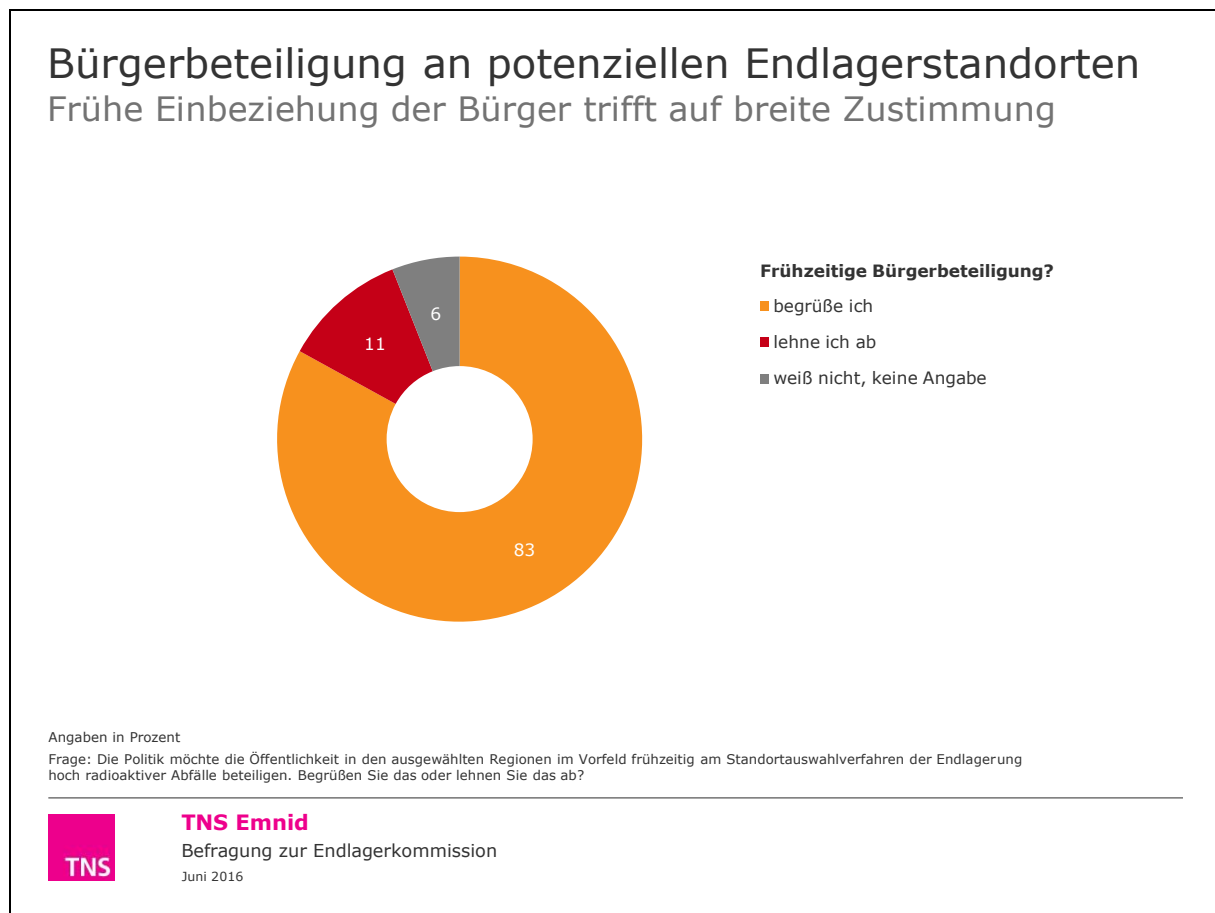


Abb. 13

- 83 Prozent der befragten Bundesbürger und -bürgerinnen würden es begrüßen, wenn die Öffentlichkeit in den ausgewählten Regionen frühzeitig am Standortauswahlverfahren beteiligt wird, wie von der Politik angekündigt. Das Ziel der Endlagerkommission, umfassende Bürgerbeteiligungen in das Auswahlverfahren zu integrieren, trifft also auf breite Unterstützung bei der Bevölkerung.
- Die hohe Zustimmungsrate von mehr als 80 Prozent ist in allen Bevölkerungsgruppen zu finden: Frauen und Männer, West- und Ostdeutsche sowie Befragte aller Altersgruppen befürworten eine Beteiligung der vor Ort lebenden Bürger an der Standortauswahl gleichermaßen.
- Und auch der Bildungshintergrund der Befragten – oftmals ein Einflussfaktor, der zu unterschiedlichen Bewertungen führt – hat vergleichsweise wenig Einfluss auf das Antwortverhalten.

- In Hessen, Niedersachsen und NRW bleibt die Zahl der Befürworter (teils knapp) unterhalb der 80-Prozent-Marke.

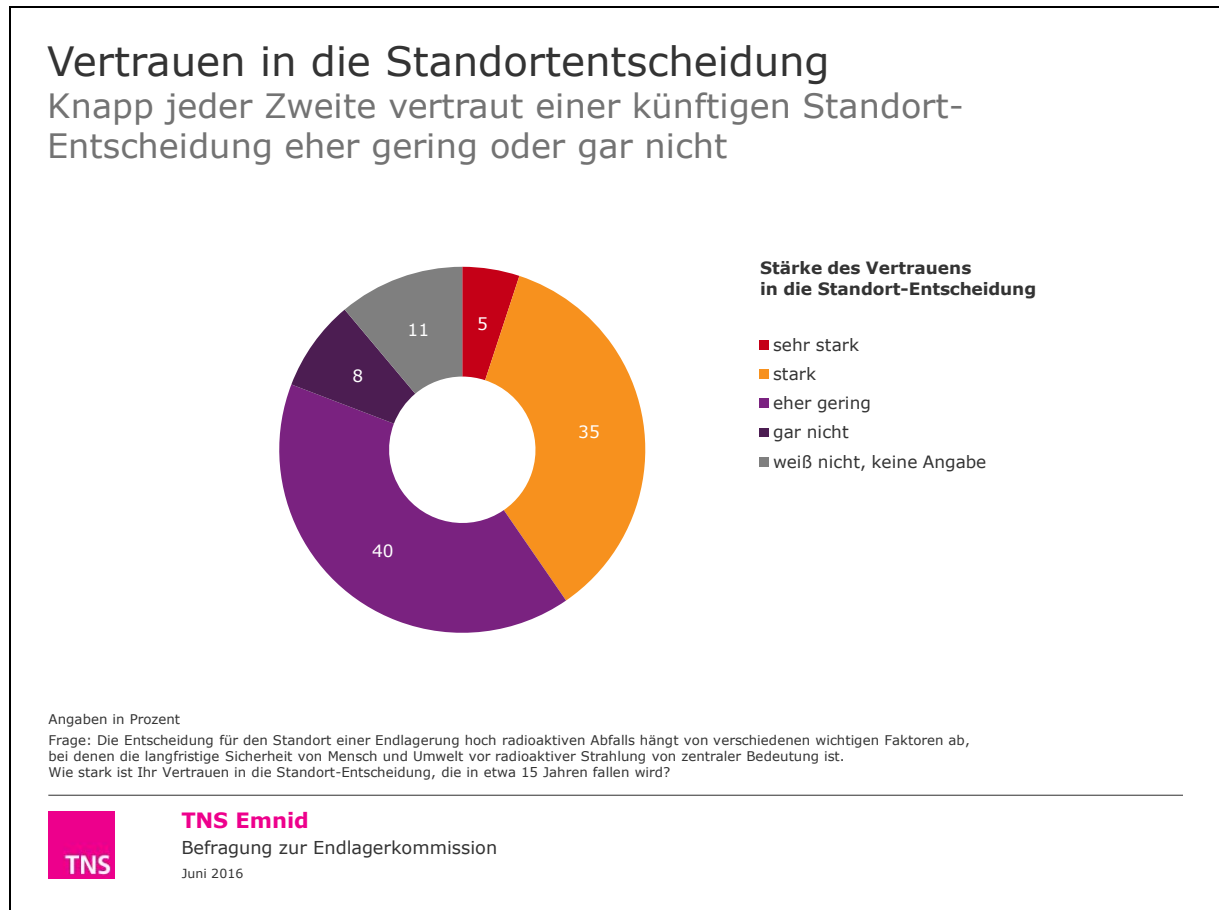
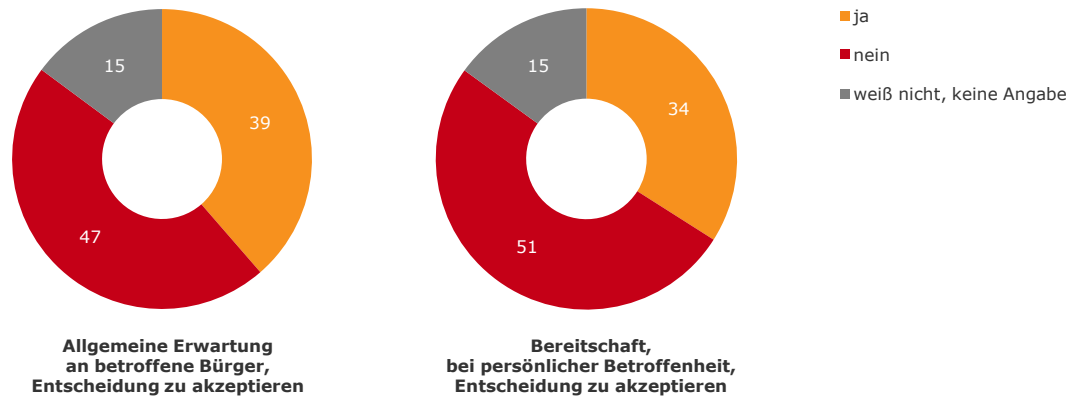


Abb. 14

- Vier von zehn Befragten vertrauen der Standortentscheidung, die in etwa 15 Jahren fallen wird, stark oder sehr stark. Etwas größer ist jedoch das Lager derer, die die künftige Standortentscheidung zum aktuellen Zeitpunkt eher mit Skepsis betrachten: 48 Prozent haben ein eher geringes bzw. gar kein Vertrauen in die künftige Standortentscheidung.
- Ohne Detailkenntnisse vom Verfahren (und Ergebnis?) zu haben, wird die Entscheidung von der Mehrzahl der Bundesbürger offensichtlich nicht einfach mit einem generellen Vertrauensvorschuss unterstützt. Zudem dürfte der – mit 15 Jahren – weit in der Zukunft liegende Entscheidungszeitpunkt eine Einschätzung zum gegenwärtigen Zeitpunkt schwierig machen..
- Auf eine unentschlossene oder doch zumindest noch nicht sehr verfestigte Haltung deutet auch ein anderes Indiz hin: Es ist auffällig, dass sich nur relativ wenige Befragte für eine der Antwortkategorien "sehr stark" bzw. "gar nicht" entscheiden (einstellige Werte), die breite Mehrheit jedoch eher eine der Antwortmöglichkeiten aus der Mitte der vierstufigen Skala wählt.
- Unabhängig von Geschlecht, Bildungshintergrund oder der Zugehörigkeit zu West- oder Ostdeutschland herrschen jeweils ähnliche Einschätzungen vor. Und gleiches gilt in der Tendenz auch für die verschiedenen Altersgruppen: Befragte, die ein positives Votum abgeben, sind tendenziell immer in der Minderheit, auch wenn sie jeweils eine große Gruppe bilden und ihre Zahl nahe an die der eher kritisch Eingestellten heranreicht.

Akzeptanz der Standortentscheidung

Bei einer Standortentscheidung ist in der Bevölkerung mit einer Nicht-Akzeptanz zu rechnen



Angaben in Prozent

Fragen: Nun einmal angenommen, die Standortsuche ist abgeschlossen und der Standort für das Endlager, der die Sicherheitskriterien am besten erfüllt, ist gefunden. Sollten die Bürger, die in der Region um den Standort wohnen, die Entscheidung akzeptieren? // Würden Sie persönlich die Entscheidung akzeptieren, wenn Sie in der Region um den Standort wohnen würden?



TNS Emnid

Befragung zur Endlagerkommission

Juni 2016

Abb. 15

- Die Schwierigkeiten, die sich in der Vertrauensfrage schon andeuten, treten in der Akzeptanzfrage noch deutlicher zu Tage: Die Bevölkerung ist eher *nicht* der Auffassung, dass die Bürger der betroffenen Regionen die Standortentscheidung nach Abschluss des Suchprozesses akzeptieren sollten. Nur 39 Prozent votieren hier mit "ja", 47 Prozent aber mit "nein". Jede(r) Siebte ist unentschieden ("weiß nicht, keine Angabe").
- Kommt eine persönliche Betroffenheit ins Spiel, so verschieben sich die Relationen tendenziell noch etwas stärker Richtung Nichtakzeptanz. Der Unterschied zwischen genereller Erwartung und Haltung bei (angenommener) persönlicher Betroffenheit ist aber relativ gering.
- Der Anteil derer, die sich unschlüssig sind, liegt in beiden Fragen mit 15 Prozent "weiß nicht, keine Angabe" gleich hoch.
- Auffallend ist, dass fast fünf von zehn Personen mit Abitur bzw. mit einem universitären Abschluss erwarten, dass die betroffenen Bürger die Standortentscheidung akzeptieren sollten. Auch bei eigener Betroffenheit ist die Akzeptanz bei den Befragten mit Hochschulreife bzw. mit einem Hochschulabschluss mit 47 Prozent unverändert hoch.
- Befragte mit einfacher oder mittlerer Schulbildung lassen geringere Akzeptanzbereitschaft erkennen: In der allgemein auf die betroffene Bevölkerung bezogenen Frage sind es 35 bzw. 36 Prozent, die Akzeptanz fordern, bei der persönlichen Betroffenheit rund 30 Prozent.

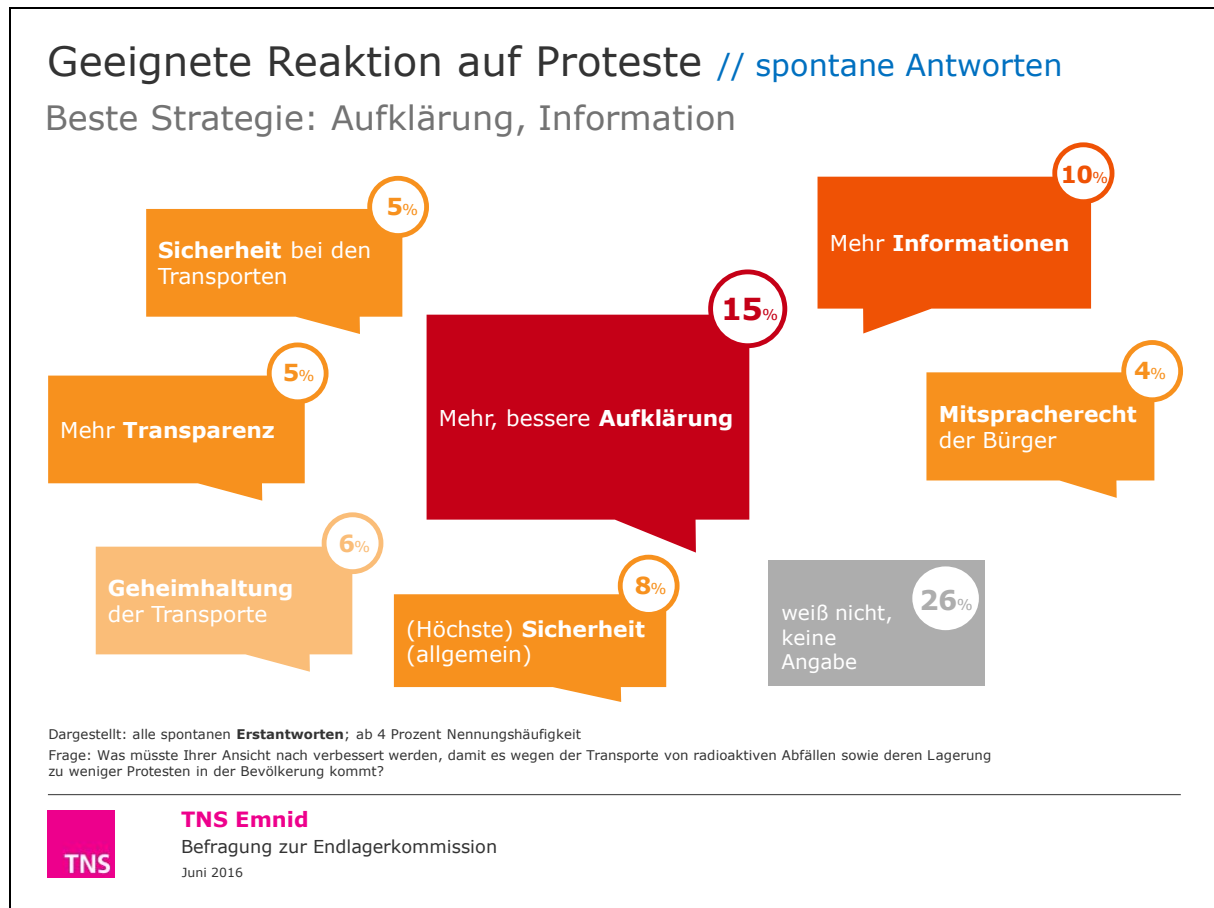


Abb. 16

- Direkt danach befragt, was verbessert werden müsste, damit in der Bevölkerung wegen der Transporte radioaktiven Mülls sowie deren Lagerung Proteste vermieden werden können, kommt den Studienteilnehmern als Erstes und Häufigstes bessere Aufklärung in den Sinn – 15 Prozent glauben, dass eine bessere Aufklärung zu weniger Protesten führen würde.
- In die gleiche Richtung zielt die zweithäufigste Spontan-Antwort: 10 Prozent der Befragten finden, dass eine bessere Informiertheit der Bürgerinnen und Bürger zum Ergebnis hätte, dass weniger demonstriert würde.
- Und auch eine dritte Antwort aus dem Spektrum der sieben am häufigsten genannten Erstantworten ist letztlich zum Aspekt "Aufklärung und Information" zu rechnen: In "mehr Transparenz" sehen insgesamt 5 Prozent der Befragten spontan den besten Ansatz, Proteste zu vermindern.
- 4 Prozent befürworten ein "Mitspracherecht der Bürger" als geeignetes Instrument.
- Neben Aufklärung, Information, Transparenz spielt das Stichwort "Sicherheit" eine Rolle im Zusammenhang mit dem Ziel der Verminderung von Demonstrationen: 8 Prozent der Umfrageteilnehmer nennen ganz allgemein den Aspekt "Sicherheit" (teils mit Betonung auf "höchster" Sicherheit, aber ohne spezifische Bezugspunkte), 5 Prozent die Sicherheit hinsichtlich der Transporte.
- Eine kleine Gruppe von Bundesbürgern favorisiert eher eine Abschottungsstrategie: Diese Befragten (6 Prozent) sehen in der Geheimhaltung der Transporte von hoch radioaktiven Abfällen eine Möglichkeit Demonstrationen zu verhindern.

- Eine Person von hundert meint auch, man solle Demonstrationen von vornherein nicht zulassen, aber das ist eine der zahlreichen Einzelmeinungen. "Bessere Bewachung, mehr Polizei" erscheint zum Beispiel auch kaum jemandem als Mittel der Wahl (weniger als 0,5 Prozent der spontanen Antworten).
- Insgesamt werden viele weitere Ansatzpunkte thematisiert, aber keiner von ihnen kann eine größere Zahl von Nennungen auf sich vereinigen (maximal 3 Prozent, eher aber 0 bis 1 Prozent pro Antwortkategorie). In der Grafik dargestellt sind nur diejenigen Erstantworten, die von mindestens 4 Prozent der Befragten genannt wurden.
- Ein kleiner Teil resigniert auch und meint "Proteste wird es immer geben" (2 Prozent) bzw. "kann man nicht verhindern" (1 Prozent).
- Rund ein Viertel der Befragten tut sich mit der Frage nach möglichen Verbesserungen sehr schwer, sie antworten "weiß nicht" oder machen keine Angabe (26 Prozent).